
Die Ära Adenauer: Eine Profilskizze zu Politik und Zeitgeist 1949 – 1963

Manfred Funke

Die Fundamente

Am 5. Mai 1945 machte der amerikanische Militärgouverneur von Köln, John K. Patterson, die Ernennung Konrad Adenauers zum Oberbürgermeister der Rhein-Metropole zwecks „wirksamer Erledigung der Regierungsgeschäfte“ und „notwendiger Veränderungen in der Verwaltung“ aktenkundig. Der US-Offizier schrieb: „Vor 1933 war Dr. Adenauer eine einflußreiche Persönlichkeit, deren Bedeutung weit über die Stadt und Provinz hinausragte. Von 1917 bis 1933 bekleidete er das Amt des Oberbürgermeisters von Köln, war Präsident des Preußischen Staatsrates und Vorsitzender des Provinzialrats der Rheinprovinzen. Nach der Machtergreifung durch die Nazis waren er und seine Familie ständiger Verfolgung ausgesetzt ... Er ist charakterstark und besitzt einen schnellen und scharfen Verstand.“

Nicht seine Ziele, „die von den Nazis verdorbenen Deutschen umzuerziehen“, die alten Parteien zu reformieren, deren Zahl zu verringern und die von Moskau gesteuerten Kommunisten zu bekämpfen – so Adenauer zum US-Offizier Just Lunning – kosteten ihn sehr rasch wieder das Amt, sondern das ausgeprägte Selbstbewußtsein. Die Briten, die nach den Amerikanern Köln okkupierten, setzten Adenauer wegen Eigenmächtigkeiten bereits am 6. Oktober 1945 als Oberbürgermeister ab. Dies machte für Adenauer den Weg frei in die „große“ Politik.

Am 5. März 1946 wurde Adenauer Vorsitzender der CDU in der britischen Zone. Er übernahm den Fraktionsvorsitz im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Für die CDU arbeitete Adenauer seit dem 6. August 1948 im Parlamentarischen Rat, der ihn in Bonn am 1. September zum Präsidenten wählte. Nach Erarbeitung des Grundgesetzes und der Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages wurde Adenauer mit der Mehrheit einer einzigen Stimme (202 von 402) zum ersten Bundeskanzler gewählt.

Als Regierungschef einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP schien der Dreiundsiebzijährige ein Kanzler des Übergangs zu sein. Zu dessen Amtseinführung notierte der nachmalige Botschafter Ulrich Sahm in sein Tagebuch: „20.9. (Bonn): In dem wirklich sehr imposanten Sitzungssaal des Bundestages vollzieht sich die Vereidigung des ersten Kabinetts der Bundesrepublik und Adenauers Regierungserklärung. Das Kabinett macht einen gar nicht so schlechten Eindruck, viele Mitglieder sind durchaus ernsthafte Männer mit gutem Willen, wie Blücher, Heinemann, Wildermuth, Kaiser. Zwei Männer des 20. Juli: Kaiser und Lukaschek ... Adenauer wirkte fast jugendlich, wenn er mit viel Humor die kommunistischen Zwischenrufe beantwortete. Einzelne Formulierungen ganz ausgezeichnet. Adenauer macht einen sehr klugen Eindruck, er weiß ziemlich genau, was er will. Ohne eine gewisse Rücksichtslosigkeit und starke Autorität könnte in diesem Bonner Affenstall nicht regiert werden.“

Nur drei Jahre später hatte Adenauer mit erheblicher Rücksichtslosigkeit und unter Einsatz des „Affenstalls“ das geistige und politische Staatsgebäude errichtet, in dem wir heute leben. Seine Fundamente hatte Adenauer im „Revolutionsjahr“ 1952 gesichert. So ist jenes Jahr wohl zu bezeichnen, das einem Strukturbruch deutscher Außen- und Innenpolitik gleichkam. Er erfolgte mit dem Projekt des Deutschland-Vertrags, das auf die Rückkehr zur Souveränität abzielte; mit dem Verzicht auf eigene, nationale

selbständige Streitkräfte zugunsten einer integrierten Bündnisarmee. Es erfolgte weiter der Epochenbeginn der Multilateralität mit der Inkraftsetzung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie mit Bonns Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Internationalen Bank für Aufbau und Entwicklung. Es erfolgte der Bruch mit den Traditionsbeständen durch das Verbot der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei, und es erfolgte ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel. Und schließlich erfolgte das definitive Bekenntnis zur atlantischen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft durch das Nein zur Stalin-Note vom 10. März 1952.

Absage an Stalin

Die Zäsur in der Ablehnung dieser Note zeigt sich vielfach bis heute unbegriffen als Bekenntnis zu einer freiheitlichen demokratischen Staatsräson. Unbegriffen in der Frage, was Stalin denn wirklich gemeint, wirklich vorgehabt habe, als er den Deutschen 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands bis zur Oder-Neiße-Grenze, Neutralität und hinreichende bewaffnete Sicherheit unter Zulassung friedliebender demokratischer Parteien anbot. Adenauer, obgleich nicht Adressat der Note und bloß Chef einer Regierung unter westalliiertem Protektorat, wurde nachmalig immer wieder die verpaßte Chance zur frühen Wiedervereinigung vorgeworfen. Unbegriffen blieb, daß alle drei Westmächte die deutsche Einheit faktisch nicht wollten, daß Adenauers Nein zum deutschen Neutralitätsstaat nicht aus Desinteresse an der Wiedervereinigung kam, sondern im Gegenteil gerade daraus, daß diese Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit auf Dauer nur erreichbar schien mittels Ausreizung deutscher Staatsräson, westlicher Disziplin und gemeinsamer Stärke. Oder anders: Worin hätte die Gewährleistung deutscher Sicherheit bei Neutralität bestanden?

Im Falle der Neutralitätsverletzung durch Stalin hätten sich als potentielle Nothelfer die USA über 6000 km entfernt von Deutschland befunden, dagegen die Truppen Stalins 60 km östlich von Berlin an der Oder. Die Anrufung der UNO hätte zwischenzeitlich erfolgte Okkupationsmaßnahmen der Sowjets vielleicht reversibel gemacht – mit Deutschland als Trümmerfeld. Was Adenauer begriff und andere nicht begreifen wollten, war jene Tugend des Staatsmannes, niemals die Handlungsspielräume des eigenen Landes der Entscheidungshoheit eines übermächtigen Nachbarn weder zum Guten noch zum Bösen zu übertragen. Zumal nicht einem totalitären System mit der Blutspur Stalins. Adenauers Konzept bestand im Vertrauen auf die Stärke des Westens, seine militärische und materielle Überlegenheit im Sinne der Magnet-Theorie von John Foster Dulles, die auf Dauer Moskau zur Annäherung an den Westen bewegen mußte. Dieser Überlegenheitsdruck gegenüber Osteuropa hatte allerdings einen langen Atem sowie den Schulterschuß des Westens mit Bonn zur Voraussetzung. Und gerade für den betagten Adenauer wurde die Zeit zum knappsten Gut.

Die SPD schließt auf

Mit dem Eintritt in die NATO, der Rückholung der letzten 10.000 Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten aus der UdSSR im Jahr 1955 und mit dem Aufbau der EWG ab 1957 wuchs Adenauers Ansehen. Das „Wirtschaftswunder“, die Volksaktien, die breite Vermögensbildung, das Aufbrechen sozialer Schranken durch schulgeldfreien Zugang zu den Gymnasien und Bildung für alle, die dynamische Rentenanpassung an die Einkommensentwicklung steigerten die Systemakzeptanz. Adenauers Politik erbrachte bei den Bundestagswahlen 1957 eine absolute Mehrheit für die CDU/CSU. Die mächtige SPD schloß zu Ade-

nauers Sicherheits- und Wohlstandskonzeption letztlich auf, deren Erfolge 1959 den Wandel von der Klassen- zur modernen Volkspartei inspirierten (Godesberger Programm 1959). 1960 machte die SPD mit Adenauers Primat der atlantischen Partnerschaft ihren Frieden.

Die Satirezeitschrift „Ulenspiegel“ hatte im Augustheft 1946 auf der Frontseite unter dem Titel „Das deutsche Gebäude“ ein Durcheinander von Ruinen, Neubauten, Bauarbeitern abgebildet und in der Unterzeile vermerkt: „Da baut jeder seine Ecke. Wie soll das mal unter ein Dach?“ Gut zehn Jahre später war das Dach für die junge Republik errichtet und solide gefügt. Doch darunter begannen die Verhältnisse zu tanzen, wie es sich für eine freie und junge Demokratie auf dem Weg zu sich selbst gehörte.

Konkurrenz von Geist und Macht

Elementar geriet der Streit um Schuld, Verdrängung, Spießertum. Das politische Kabarett boomte wider die anstößige Normalität. Filme der Abrechnung konkurrierten mit „Heimat“-Streifen, Schlagersüße mit Jazz und Rock'n Roll, Bildungsklassik mit Existenzialismus. James Dean und Elvis Presley inspirierten Misfits-Attitüden. Das „nachtotale Biedermeier“ (Wolf-Dieter Narr) wurde zum Spottobjekt für Martin Walser, Günter Grass, Heinrich Böll. Karl Jaspers Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ (1958) stimulierte ein Epochengefühl gestundeter Zeit und gnädigen Aufschubs.

Der Mensch braucht, so Carl Zuckmayer, um sich selbst zu verstehen, eine Vatergestalt. Den einen ist sie Leuchtturm in den Fluten des Daseins. Für andere gilt sie als Auftrag zur Dankbarkeit, indem man Geist und Werk des Vaters fortsetzt. Dritten wiederum dient die Vaterfigur zum Grund für Diskontinuität und Protest. Entsprechend wurde, mit mächtiger Energie zum Guten durch das Kriegserle-

ben versehen, kreuz und quer der Zeitgeist gerodet. Bewußt oder unbewußt orientierten sich Pro und Contra in der jungen Republik an der mächtigen Figur Konrad Adenauer.

Am 7. September 1949 zitierte Karl Arnold (CDU), Ministerpräsident von NRW, in der Eröffnungsrede bei seiner Einführung in das Amt des Bundesratspräsidenten den Historiker Leopold von Ranke: „Jede Staatsgewalt muß heutzutage wohlwollend sein. Auf der allgemeinen Wohlfahrt beruht ohnehin ihre Macht. Sie muß aber auch zeigen, daß sie das auf die rechte Art ist. Sie muß dafür sorgen, daß man sie kenne, daß man wisse, was sie tut, daß jeder einzelne erfahre, die Geschäfte werden so gut besorgt als immer möglich.“ Über das Was und Wie und das Mögliche bildeten sich Lager. Während sich in der Lebenswelt Adenauerscher Politik Recht auf Erschöpfung, Kompensation für Leiden und Unrecht und auch „Furcht vor dem Kommunismus“ (Heinrich August Winkler) abschirmen ließen, sahen andere darin Verdrängung statt Läuterung. Die wirtschaftswunderliche Lebenswelt galt als „panisches Idyll“ (Hermann Glaser), als Koexistenz von Biedermann und Brandstifter, von Kriegsschuld, Massenmord, Verantwortungsflucht, Wohlstandsprotz, Konsum-Lust und besinnungsloser Tüchtigkeit. „Wir brauchen keine wohltemperierten Klaviere mehr. Wir sind zuviel Dissonanz.“ So hatte Wolfgang Borchert als Manifest für das künftige Deutschland und gegen das erneute „dickste Zivilleben“ verfügt.

Das Erbe der Klassik, das Thomas Mann in seiner Rede in Stuttgart und Weimar (1955) beschwor, sollte der deutschen Kulturnation Ermutigung vermitteln, während das Bildungsbürgertum in den Werken Hermann Hesses, Jochen Kleppers, Werner Bergengruens, Ernst Wiecherts oder Reinhold Schneiders vertraute Erbauung und neue Orientierung fand. Zugleich zeigte sich der Geist andächtig gegenüber Albrecht Haushofers „Moabiter Sonette“, Eugen Kogons „Der SS-Staat“, Hermann Kasacks „Die Stadt hinterm Strom“, Günter Weisenborns „Die Illegalen“, Bergengruens „Dies

Irae“ und dem „Großtyrannen“. Georg Kaiser, Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Hans Fallada, Bert Brecht, Rudolf Hagestange, Elisabeth Langgässer oder Heinrich Manns „Untertan“ zählten zum Bildungskanon. Dieser wurde anreichert um die internationalen Klassiker der Moderne, die in Halbleder von Büchergilden und Bücherringen den durchgemusterten Bücherschränken zugeliefert wurden. Zumeist auf moderne String-Buchregale kamen die wohlfeilen Taschenbücher (rororo), die Deutschland den Anschluß an die Weltliteratur brachten nach den Jahren der Verbote (z. B. George Orwell, André Malraux, Jean Paul Sartre, Upton Sinclair, Jean Giraudoux, Paul Claudel, John Steinbeck, Max Frisch, Carlo Levi). Zwischen 1950 und 1958 geführte Statistiken weisen Ernest Hemingway als in Deutschland meistgelesenen Schriftsteller aus.

Neue Zeitschriften kämpften für geistige Erneuerung und demokratische Verantwortung („Der Ruf“, „Frankfurter Hefte“, „Die Wandlung“, „Die Gegenwart“, „AKZENTE“, „Der Monat“). Das Verbot des „Rufes“ wegen seiner europäisch-humanistisch-sozialistischen Tendenz führte am 10. September 1947 die Gruppe „Junge Literatur“ zusammen. Als „Gruppe 47“ bestimmte sie später über die Akteure in der Konkurrenz von Geist und Macht auf den Turnierfeldern der Schuldbekennnisse, Apologien und der Freiheitsverkrüppelung im Kalten Krieg. Adenauers Außenminister Heinrich von Brentano diffamierte die Gruppe 47 als „geheime Reichsschrifttumskammer“ (Dietrich Thränhardt).

Gegenbild DDR

Doch die kritischen Intellektuellen im Westen mußten ungewollt dem antitotalitären Pragmatismus Adenauers wider das Spiegelreich der linken Wege Recht geben. Nach dem 17. Juni 1953 knebelte die SED den freien Geist noch heftiger. Stellvertretend für viele Idealisten sei Alfred Kan-

torowicz genannt. 1957 brach der weltberühmte Schriftsteller, seit 1931 Kommunist, Spanienkämpfer, Direktor des Germanistischen Instituts an der Humboldt-Universität, mit dem DDR-Regime und ging wie Hans Mayer in den Westen. Er geißelte den Terror der SED-Diktatur, das „Gebelfer der Rabauken des Ulbricht-Apparats“, „die unendliche Schlammflut der Lüge, die Drosselung der geistigen Freiheit“ durch eine „Clique von Unwürdigen, die den Inbegriff des Sozialismus schänden, wie dereinst die Nazis den Namen Deutschlands geschändet haben“ (Kantorowicz).

Naziverhaftetes Gesellschaftsbild

Während sich mit einer solchermaßen beschädigten linken Humanität das geistige Lager Adenauers aufrüstete, wurde es zugleich von seinen Gegnern für ein naziverhaftetes Gesellschaftsbild verantwortlich gemacht. Adenauers Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke personifizierte den Vorwurf von den neuen Karrieren alter Nazis. Globke, kein NS-Parteimitglied, hatte die Nürnberger Rasengesetze kommentiert. Als Beamter im Reichsinnenministerium auf „Horchposten“, hatte Globke – so Fred Luchsinger von der Zürcher Zeitung – Hunderten Nachricht von ihrer bevorstehenden Verhaftung zukommen lassen und ihnen die Flucht ermöglicht. Doch das zählte nichts für den antifaschistischen Entrüstungsmoralismus. Er richtete sich ebenfalls selbst gegen die Wiederverwendung von jenen Wehrmachtsoffizieren beim Aufbau der Bundeswehr, die teilweise dem Widerstand nahegestanden hatten, keine Hitler-Fanatiker gewesen waren und deren Sachverstand nunmehr unverzichtbar schien. Günter Grass 1962: „Neu beginnen wollen alle mit dem Leben, mit dem Sparen, mit dem Briefeschreiben, auf Kirchenstühlen, vor Klavieren, in Karteikästen und Eigenheimen. Vergessen wollen alle die

Knochenberge und Massengräber, die Fahnenhalter und Parteibücher, die Schulden und die Schuld.“

Adenauer und Böll

Grass schrieb dies, als sich Adenauers Ära neigte. Den ersten Band seiner „Erinnerungen“ kommentierte Heinrich Böll im „Spiegel“ (Heft 49, 1965). Böll nannte darin das Werk „Magermilch der frommen Denkungsart“, ordnete es gar der Kategorie jugendgefährdender Schriften zu. „Es sei denn, eine solche Einübung in Materialismus, Opportunismus und Zynismus werde der Jugend sogar zur moralischen Aufrüstung empfohlen.“ Adenauers Aussage, die Sowjetunion habe kein Ethos, bezeuge nur „einfach bourgeoise Blindheit“. Andererseits attestierte Böll, der Kanzler sei „ein verflucht unbequemer Verhandlungspartner für die Westalliierten gewesen, er wußte deren Angst vor Stalin geschickt zu nutzen, und außerdem war ihre Angst auch seine“. Für Böll war Adenauers Werk höchst stümperhaft, Anlaß für Lach- und Brechreiz. Doch urteilt Böll zugleich über Adenauer: „Er hat unsere Zeit in seine Hand genommen. Seit 1945 war er immer vor, mit, an, in, über und auf der Zeit; sie war ihm günstig, er hat die Epoche geprägt, und so leben wir alle nicht in unserer, wir leben in seiner Zeit.“ Dies zutiefst im friedlosen Frieden eines geistigen Raumes, dessen politische Stabilität freilich Widersacher wie Adenauer und Böll aushielt; den beide anreicherten mit unendlichen Asymmetrien zwischen Geist und Macht, ohne sich als Kölner je persönlich begegnet zu sein. Gewiß symptomatisch für die Spannungslagen zwischen dem damaligen literarisch-kulturellen und dem politischen Klima.

Persönlichkeitsprofil Adenauers

Adenauer war von hermetischem Charakter, über öffentlichen Bekenntnis-Zwang spöttelnd. Adenauer verausgabte sich nicht an Menschen. Seit 1917 in hohen und höchsten Funktionen tätig, Verrat und Enttäuschung seit 1933 nicht vergessend, hatte er die Zeitgenossen kennengelernt. Er war dort zu offensiver Zuvorkommenheit bereit, wo es nutzte, er war moderat und aggressiv, kaltschnäuzig, von Fakten und Berechenbarkeitserwägungen bestimmt. Er inszenierte Drohbilder, als ob die Russen vor der Haustür stünden, kanzelte als „Kanzler der Alliierten“ (Kurt Schumacher) deren Vertreter auf dem Petersberg ab, wie Shepard Stone berichtet, irritierte, inspirierte, drangsalierte und entwaffnete. Aus einem Interview mit Adenauer gewann Hans Mayer als Chefredakteur bei Radio Frankfurt den Eindruck, daß Adenauer „nicht zuhört, wenn es um Prinzipien geht, weil sich die eigenen ohnehin von selbst verstehen, aber genau wissen möchte, wie die Leute leben, und was man für sie tun kann“ ... „Was man denn so als Chefredakteur verdiene. Ich nannte ihm den Reichsmarkbetrag: Das war einmal viel Geld gewesen. „Aber davon kann man doch nicht leben?“ „Natürlich nicht, aber wir erhalten ein warmes Mittagessen von der Militärregierung.“ – Adenauer wollte wissen, was man so auf den Tisch bekomme. Ich sagte es ihm. Werner Hilpert bestätigte es: er kannte sich aus. „Aber sie rauchen doch. Wie bekommen sie dann die Zigaretten?“ „Mein Kontrolloffizier ist eigentlich Deutscher, ein Sohn Thomas Manns. Der bringt mir oft Zigaretten mit aus der amerikanischen Kantine.“ – „Auch Kaffee?“ , fragte Adenauer. „Auch Kaffee von Zeit zu Zeit.“ Der Name Thomas Mann hatte Eindruck gemacht. Adenauer wußte auch plötzlich wieder, daß ich eingangs seinen Sohn Konrad erwähnt hatte (mit dem Hans Mayer in Köln zum juristischen Repetitorium gegangen war). „Na, dann sind sie doch gut versorgt. Der Konrad wird sich freu-



Adenauer-Porträt von Graham Sutherland (ACDP)

en, wenn ich ihm das erzähle.“ Er gab mir herzlich die Hand und ging. Der Alte hat mir gefallen. Der vertraute Singsang des Kölners. Die Erinnerung an meine Jugend unter diesem Stadtregenten,“ schließt Mayer seinen Bericht über Adenauer, der 1929 nur mit einer Stimme Mehrheit wiedergewählt worden war und dies mit der Bemerkung „Was ein Glück für Köln“ quittiert haben soll. Zwanzig Jahre später war ihm persönlich die Kanzlerwahl mit einer Stimme Mehrheit ebenfalls ausreichend genug.

Bundespräsident Theodor Heuss und sein Nachfolger Heinrich Lübke konstatierten beide, „daß das Gefühlsmäßige bei Adenauer nicht sehr entwickelt ist.“ In der Tat war Adenauer spröde, auch hart gegen sich selbst und knauserig mit der Zeit als ebenso kostbarem wie schwindendem Lebensgut. Seinen Vertrauten blieb Adenauer verbunden. Dem früh verstorbenen Jugendfreund Raimund Schlüter gehörte ehrenvolles Gedenken, wie noch heute aus dessen Familie bestätigt wird. Adenauers Umgang mit Frauen war ritterlich. Selbst noch auf seiner letzten, wohl beschwerlichsten Auslandsreise nach Madrid im Februar 1967 schickte er, wie in all den Jahren zuvor, seinen artigen Kartengruß an die einstige Mitstreiterin Viktoria Steinbiß. Mit der Ärztin, MdB für Bielefeld, hatte der Kanzler 1957 eine geplante Verstaatlichung des Krankenversicherungswesens abgewendet.

Adenauer war gläubig, Christus und seine Kirche bildeten stets Grund sich erneuernder Hoffnung. Um so weniger verkannte Adenauer aber auch den Menschen „als Ärgernis der Schöpfung“ (Hans Blumenberg).

Verbund der Ziele

Insgesamt waren die Widerstände gegen Adenauers Politik nachhaltiger, als es aus heutiger Rückschau erscheint. Vielfach blieb etwa unerkannt, daß Adenauer seine Ziele, Sicherheit im Westen, Souveränität für die Bundesrepu-

blik, Einheit Westeuropas, Aussöhnung mit Frankreich und Wiedervereinigung, nicht in dieser Rangfolge abgestuft sehen wollte. Adenauer verfolgte diese Ziele im Sinne eines Ringverbundes, dessen Teile substantiell einander bedingen, um insgesamt erfolgreich zu sein, aber doch nicht als Teilziele gleichzeitig mit derselben Intensität verfolgt werden konnten. Stets mußte in der Phase des Kalten Krieges den Umständen der europäischen Politik aus Bonner Sicht taktisch Rechnung getragen werden, um im Rahmen europäischer Sicherheitsarchitektur deutsche Interessen einbringen zu können. Dies wurde jedoch um so schwieriger, als sich die Tendenzen in Moskau und Washington Ende der 50er Jahre verstärkten, nicht mehr die Weltpolitik durch das Nadelöhr der deutschen Frage ziehen zu lassen.

Mobil für Deutschlands Einheit

Der Sputnik-Triumph (1957), das zunehmende Patt bei den Nuklearwaffen und die Überlegenheit bei den konventionellen Truppen des Warschauer Paktes in Mitteleuropa machten Moskau kampflustig. Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows 1958 und die Neigung des Westens, es wegen der offenen Deutschlandfrage oder des Status Berlins nicht zum nuklearen Welt-Inferno kommen zu lassen, verstärkten Adenauers Sorge vor einem Arrangement der Supermächte zu Lasten deutscher Interessen. Als die beiden wichtigsten Probleme erachtete Adenauer deshalb den „Anschluß an den Westen und Verhinderung, nachdem wir den Anschluß hatten, daß irgendwie etwas in der Außenpolitik gegen uns gemacht werden könnte.“ Die tiefe Sorge galt der Vertagung der Einheitsfrage auf Dauer, galt der Abkehr des Westens von Berlin und der wachsenden Bereitschaft zur Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat. Der drohenden Abdrängung Bonns in die Defensive begegnete Adenauer mit allerlei Initiativen gegenüber Wa-

shington, Paris und London, die dort in der Zusicherung der Verteidigungsbereitschaft für Berlin und Westdeutschland aufgefangen wurden, ohne die Teilung aktiv überwinden zu wollen und statt dessen die Krise zu versiegeln. „We must live“, so Charles de Gaulle, „with the present division of Germany and assist the Federal Republic in remaining with the West.“

Sorge um Rückzug des Westens

Der Bau der Mauer in Berlin im August 1961 führte zu lauten, doch papierenen Protesten. Rund vier Millionen zumeist gut ausgebildete junge Menschen hatten bis zum 13. August 1961 die DDR verlassen. Allein im Juli desselben Jahres waren es 30.415 Bürger. Um mit dem Ausbluten nicht eine politische Panik der SED-Führung mit unabsehbarer Friedensgefährdung herbeizuführen, legten einflußreiche US-Politiker wie Hubert Humphrey und Michael Mansfield Ost-Berlin die Verstopfung des Schlupflochs nahe. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses im US-Senat, William Fulbright, erklärte gar am 30. Juli 1961 in einem Interview: „Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenze schließen, denn ich glaube, daß sie ein Recht haben, sie zu schließen.“ Seit dem Wiener Treffen Chruschtschows mit Kennedy Anfang Juni 1961 in Wien kursierte Moskaus Plan für einen Separatfrieden mit der DDR, auf die alle sowjetischen Besatzungsrechte übergehen sollten. Zwei deutsche Staaten, Teilung auf immer?

Gegen diese Projektion inszenierte Adenauer in den tiefen Kulissen der Diplomatie eine Geheim-Politik, die umwegreich die Option der Einheit bewahren sollte. Ausgehend von der Aufgabe: „Was muß erhalten bleiben, wenn wir lebensfähig bleiben wollen“, antwortete der Kanzler auf die selbst gestellte Frage: „1. NATO, 2. europäische Integration, 3. Es muß zu einer kontrollierten Abrüstung kommen.“ In seiner Aufzeichnung über Adenauers Bemerkun-

gen in vertrauter Runde heißt es bei Max Nitzsche: „Der Kanzler ist sich sehr bewußt, daß die Deutschlandfrage in manchen Aspekten zu einer Belastung insbesondere für die Amerikaner geworden ist. Darum müssen wir uns für unsere Verbündeten attraktiv erhalten.“

Attraktiv einmal als verlässlicher westlicher Partner, attraktiv zum anderen durch hohe Elastizität im Prozeß angestrebter Konfliktverminderung gegenüber dem östlichen Lager.

Realismus gegenüber dem Osten

Eine Atempause zu gewinnen, hieß für Adenauer offenbar, die DDR anzuerkennen für den Preis humanitärer Verbesserung der Lebensverhältnisse, hieß weiterhin, gegenüber dem Sowjet-Block den Abbau äußerer Bedrohung durch die Förderung des Konsum-Bereichs zu ermöglichen, dadurch auf Dauer innere Systemkritik zu stärken und so zur Entideologisierung des Ostblocks und zur Europäisierung der Sicherheitsprobleme zu gelangen, die im Endeffekt mit der Herstellung einer kollektiven Sicherheitsarchitektur die Chance zur Wiedervereinigung aktivieren konnte. Da im Extremfall Deutschland zum ersten Schlachtfeld bestimmt war, galt es zugleich, durch Abschreckung den Krieg von vorneherein zu verhindern mittels Stationierung taktischer Atomwaffen, aber doch auch parallel dazu ab 1962 im Zeichen der „flexible response“ (US-Verteidigungsminister Robert McNamara) alle Krisenfälle möglichst zu reduzieren.

Schon am 11. Juli 1958 hatte Adenauer im CDU-Bundesvorstand eingestanden, „daß es absolut unreal gedacht war zu glauben, die Frage der Wiedervereinigung lösen zu können, ohne daß eine allgemeine Entspannung in der Welt eintritt. Man muß sich, so bitter es auch ist, in die Lage der Russen hineinversetzen, in den Gesichtspunkt, von dem sie aus die ganze Lage betrachten. Die Russen wissen

ganz genau, daß, wenn sie die DDR freigäben, Polen und die Tschechoslowakei und vielleicht auch Ungarn nicht zu halten wären ... Die Politik der Wiedervereinigung muß bis auf weiteres darauf gerichtet sein, das menschliche Zusammengehörigkeitsgefühl diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs lebendig und wach zu halten.“ Die Politik von Abrüstung und Entspannung sei deshalb fortzusetzen und vor allem über die Kirchen in der DDR zu versuchen, den Verlust „an geistigem Boden“ zu verhindern. „Über kurz oder lang“, gibt Nitzsche Adenauers Worte vom 22. Januar 1959 wieder, „werden wir an der Anerkennung der DDR nicht vorbeikommen.“

Erkunden von Lösungen

Doch eine offene Politik der Anerkennung kam für Adenauer noch nicht in Frage, da diese den Zusammenbruch des geistigen Widerstands in der DDR bedeuten konnte. Adenauer erstrebte eine Atempause, die für das Austesten dreier Überlegungen dienen sollte: 1. Österreich-Lösung; 2. Globke-Plan; 3. Burgfrieden-Projekt.

Am 19. März 1958 fragte Adenauer den sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow, ob Moskau bereit sei, „der Sowjetzone den Status Österreichs zu geben“. Sechs Tage später erklärte der Kanzler im Deutschen Bundestag, von Rußland doch nur zu fordern, „daß es diese 17 Mio. Deutschen nach eigenem Willen leben läßt. Mehr wollen wir ja gar nicht. Wir denken gar nicht daran, etwa dadurch, daß nun die Sowjetzone ihre Freiheit bekommt, unser militärisches und politisches Potential zu stärken. Die menschliche Seite der Sache muß uns doch vielmehr alle bewegen.“

Der Druck der deutschlandpolitischen Offensiven Moskaus veranlaßte Adenauer sodann zur Ausarbeitung eines Planes durch Staatssekretär Globke, wonach zunächst für fünf Jahre die BRD und die DDR eine wechselseitige Aner-

kennung ihrer Souveränität vereinbaren sollten, mit Berlin als Freier Stadt. Wahlen jeweils unter UN-Aufsicht in beiden Teilen Deutschlands sollten nach Ablauf dieser Zeitspanne über eine völkerrechtliche Teilung in zwei Staaten definitiv entscheiden, falls dies die jeweilige Mehrheit wünschte. Eine vorsichtige diplomatische Implementierung des Plans sollte über Nehru erfolgen, der sich dafür aber nicht gewinnen ließ.

Am 6. Juni 1962 machte Adenauer Smirnow das dem Globke-Plan verwandte Angebot eines zehnjährigen Burgfriedens. Von der Abstimmung über eine Wiedervereinigung war dabei indes nicht mehr die Rede, vielmehr sollten die Dinge so belassen werden, wie sie sich jetzt darböten. „Allerdings müsse dafür gesorgt werden, daß die Menschen in der DDR freier leben könnten, als es jetzt der Fall sei.“

Das überaus vorsichtige Antasten solcher Ideen im Schatten der göltigen Hallstein-Doktrin mit Bonns Anspruch auf das Alleinvertretungsrecht, das nach dem Mauerbau erstarkte Selbstbewußtsein der DDR-Führung und die Kuba-Krise friktionierten Adenauers Pläne, doch bewiesen sie insgesamt eine neue Mobilität Adenauers, die auch in der Kompensation amerikanischer Abkühlung gegenüber Bonn durch den Elysée-Vertrag mit de Gaulle (Januar 1963) Ausdruck fand. Ein vorsichtiger Wandel gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten wurde zudem über die Handelspolitik eingeleitet (Vertrag mit Polen im März 1963). Außenminister Gerhard Schröder bekannte sich zur Politik der Bewegung. Er hatte im November 1961 Heinrich von Brentano abgelöst, der als „Exponent einer rein defensiven Außenpolitik galt“ (Dieter Bingen).

Als Adenauer im Oktober 1963 das Kanzleramt aufgab, konnte von Blockade- und Restaurationspolitik schwerlich die Rede sein. Vielmehr bestanden Chancen für eine gleitende Zäsur. Zu Weihnachten 1963 erreichten Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt und AA-Staatssekretär Karl Carstens (CDU) für 1,2 Mio. Berliner ein Pas-

sierschein-Abkommen. Es wurde vom verärgerten Otto Winzer, dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, als „Aggression auf Filzlatschen“ abgetan. Der Weg zur Revolution der Kerzen war nicht mal Utopie.

Die außenpolitische Elastizität in den letzten drei Jahren der Adenauer-Ära resultierte aus einer veränderten Weltlage. Die beiden Supermächte legten Bonn eigene Initiativen in der Frage Berlins, der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie eines Strukturwandels der deutsch-deutschen Beziehungen nahe. Die Einheit Deutschlands in die Einheit Europas einzubinden, blieb während der Regierungszeit Adenauers eine low profile-Politik. Doch trug sie gewiß in ihrer Weise dazu bei, eine neue Öffnung nach Osten einzuleiten und diese nicht nur der FDP mit Karl Georg Pfeleiderer und Wolfgang Schollwer oder der SPD mit Brandt und Egon Bahr allein gutzuschreiben.

Adenauers Leistung: Versuch einer Bilanz

1946 war das Jahr, in dem die Urteile im Nürnberger Prozeß verkündet wurden. Es war das Jahr, in dem Adenauer sagte, er sei wieder stolz, Deutscher zu sein; vor sich einen Riesenberg an Aufgaben, in sich voller Kraft, Zuversicht und einem Mut, der sich offenbar an Rückschlägen kräftigte. Es war ein Mut zur Entschiedenheit, zur Überzeugung von der Richtigkeit der Ziele und der pausenlosen Selbsterordnung von Anpacken und Geduld, denn Geduld sei einem geschlagenen Volk das wahrhaft gemäße, um dann am Ende doch sagen zu können: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“ (Adenauer).

Was war dieses Etwas? Es war der Aufstieg von einem zerstörten, geschlagenen, entrechteten Land zur Wiederaufnahme in die Völkerfamilie als eigenständiger Staat europäisch-atlantischer Zivilität, der Rechtsstaatskultur und der inneren Akzeptanz des Endes des alten Deutschlands

und seines Untergangs im Jahre 1945. Adenauer fundamentierte jene Stabilität des Wandels nach innen und außen, die bis 1990 sich so glaubhaft vor der Welt bewährte, daß diese am Ende den Deutschen die Einheit moralisch nicht versagen konnte.

Karl Löwith machte uns den Vorwurf, daß die Deutschen „keinen Sinn für die Verwendung der Freiheit in den Grenzen des Menschlichen“ hätten. Adenauers Politik hat Löwith widerlegt. Freilich in einer Weise, die dem Pathos nicht viel Raum läßt. Das absolut Durchschnittliche, das sich Adenauer selber bescheinigte, war die Organisation des Überlebens, war das Tüchtige aus dem Recht auf Erschöpfung, war der Reflex der Aussichtslosigkeit, durch Auf- und Gegenrechnung zum inneren Frieden zu finden. Wer sollte Richter sein außer den Opfern? Sollte sich im tiefen Büßen, ohne dabei zu Wort und Haltung zu finden, das Lebensfeindliche der Diktatur noch in einer Diktatur der Scham fortsetzen? – Fragen für die es keine Autoritäten gab, doch dominiert vom Instinkt, weiterleben zu wollen. Zunächst in äußerer Sicherheit der Grenzen, des Grundstücks, des Haushalts. Alles Werte des Vorläufigen gewiß, aber Voraussetzung für das Sichern von Zeit zur Heilung tiefster Verwundungen. Das Menschenwürdige im Materiellen zu begründen und dies durchaus als Ausdruck von Freiheitswürde eines demokratischen Rechtsstaats, war den Massen, dem Durchschnitt, Grund genug, Adenauer satte Mehrheiten bei Wahlen zu beschaffen.

1961 äußerte der Alte von Rhöndorf in den USA, daß man den Deutschen, wenn sie keine weiteren Sünden begehen sollten, doch verzeihen möge. Ein Satz, den heute nach mehr als vierzig Jahren, nur Adenauer wohl öffentlich wiederholen könnte. Denn er hätte die Zivilcourage, in die Empörung die Frage einzuspießen, was denn werden soll, wenn Verzeihen ausbleibt auf Dauer.

Das Singuläre dieses Mannes besteht darin, daß er für Deutschlands Ehre nach außen eintrat und dies zugleich

für eine Politik im Inneren, die den Menschen die Nachkriegszeit aushaltbar machte. Adenauer besaß eine von jedem Zeitgeist unabhängige Zivilcourage. Er war zugleich ein Revolutionär. Zumindest insofern, wenn man ihn am Wort von Friedrich Engels mißt, daß die Deutschen das theoretischste Volk der Welt seien.

Adenauers Motto hieß: „Wenn man nicht gleich die bestmögliche Lösung erreichen kann, so muß man eben die zweitbeste oder drittbeste nehmen.“ Bei allem bleibe aber als Wichtigstes: „der Mut“.

Mit diesem Mut bündelte Adenauer den oft „richtungslos guten Willen, es besser zu machen“ (Rolf Schörken), zumal der Jüngeren, entschlossen zum Pakt für geistige Erneuerung und demokratischen Aufbruch. Die Not ließ Adenauer gleichsam dort nach Kerzenstumpfen fahnden, wo sich andere mit ihren Entwürfen neuer Menschheitsideale über das Dunkle des Geschehenen erhoben, verblendet gegen die Realitäten einer geschlagenen Nation. Den elitären moralischen Schwarmgeist, die nationalistischen Mentalitätsreste, aber auch die Romantik von deutscher Neutralität zwischen den Blöcken zwangen Adenauers Wahlerfolge hinunter auf den oft kargen Boden der Wirklichkeit. Die Menschen waren nicht unwillig oder gar unfähig zur Trauer, akzeptierten dabei aber nicht jeden ihrer Aufseher. Christliches Weltbild, Traditionalität und Moderne, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Verbände zum Integral der Leistung und zur Synergie des Maßes zu verbinden, bildete Adenauers Staatskunst.

Indes blieb auch sie verschattet, zumal von der Verfolgungsschwäche gegenüber NS-Verbrechen, besonders gegen die Justiz im Dritten Reich. Adenauer verunglimpfte kaltschnäuzig Industrielle, die eigenständig nach besseren Beziehungen zum Ostblock suchten. Erst im März 1961 verbot das Bundesverfassungsgericht die lang geübte Anwendung verfassungswidriger Strafnormen gegen Angehörige des linken Spektrums. Auch die Kultur der jungen Re-

publik war nicht nur Laboratorium experimenteller Freiheit. So mußte sich etwa Gottfried Benn, als er seinem Verleger die scharfe Abrechnung „Kunst und Drittes Reich“ vorlegte, sagen lassen, „daß man an gewissen Themen nicht mehr gern rührt“.

Hätte sich indes ein moralisch erwünschtes Purgatorium nach dem Krieg nicht als agonaler Bürgerkrieg in Deutschlands Seelen fortgesetzt? Christine Teusch (CDU), Kultusministerin in Nordrhein-Westfalen, sah noch 1950 das Land in der Gefahr künftigen „Dahinvegetierens“: „Das deutsche Volk ist geistig und körperlich zermürbt und weiß dabei, daß trotzdem der Existenzkampf von ihm in den nächsten Jahren die äußerste Kraftanstrengung verlangen wird.“ Entsprechend habe Adenauer, so Wilhelm Hausenstein, keine andere Wahl gehabt als „die Wahrung der sozialen Struktur, deren produktiver Nerv nicht absolut verbraucht war“. Zwang aber nicht auch der Kalte Krieg zu Konzessionen bei der Auseinandersetzung mit der braunen Hinterlassenschaft?

Adenauer fermentierte das Ideelle mit dem Machbaren in einem Staat, über den Henry Kissinger mit Blick auf die Situation 1955 urteilte: „Die Bundesrepublik glich einem stattlichen Baum, der in einem plötzlichen Windstoß umgeworfen werden kann.“ Als 1970 die Deutschland-Bilanz „Nach 25 Jahren“ erschien (Herausgeber Karl Dietrich Bracher), übten darin renommierte Autoren, aus der hübsch molligen Deckung durch Schreibtisch und Katheder, krachende Kritik an rückwärts gewandten Gesellschaftsbildern und unterlassenen Bildungsreformen. Assoziiert sich mit Vorwürfen dieser Art gänzlich zu unrecht Umberto Eco's leiser Spott über Intellektuelle, die Plato vorwerfen, kein Mittel gegen Gastritis entwickelt zu haben?

Mit Adenauer schuf sich ein Trümmervolk einen leidlichen Raum, in dem es sich zu ertragen lernte. Es entwickelte dabei Berechenbarkeit nach außen und demokratisches Selbstvertrauen nach innen. Wackelig bleibt es

jedoch unter der Anklage des Genozids. Bei seinem Israel-Besuch im Januar 2005 bekam Bundespräsident Horst Köhler gesagt, daß es Verzeihen niemals geben werde. Unbegnadigt bleibt Deutschland im christlich-abendländisch-romanischen Kulturkreis. Seine Existenz sieht Ulrich Wickert unter die Trias von Schuld, Sühne und Amnestie (nicht Amnesie!) gestellt, um Überleben, Weiterleben, Zusammenleben mit Hoffnung zu beseelen. Auf sie gründet sich die praktizierte nationale Versöhnung Italiens, Frankreichs und jüngst auch Spaniens mit der eigenen blutigen Geschichte. Deutschlands ewige Schuld läßt sich indes bei uns auch von Unbetroffenen je nach Zweckmäßigkeit dazu nutzen, selbstkritisches Fragen und Streiten dort zu ersticken, wo Argumente durch Tabus ersetzbar sind. Die Herrschaft des Verdachts neurotisiert noch heute eine Gesellschaft, für die Adenauer seinerzeit eine tragende Synthese suchte aus „anthropologischem Pessimismus“ und dem Streben, „die Menschen besser zu machen durch zielbewußte Reformen der Verhältnisse und durch Appell an ihre vernünftige Einsicht“ (Hans-Peter Schwarz). Heutige offiziöse Geschichtspolitik und deren ganze mediale Fatalität erschließen sich aus einer Mahnung des alten Georg C. Lichtenberg: „Man muß die Menschen nicht nach ihren Meinungen fragen, sondern danach, was die Meinungen aus ihnen machen.“

In ihrer Kernsubstanz blieb die Urteilskraft der Deutschen gleichwohl bislang nicht käuflich. Sie wählten in einer TV-Umfrage Adenauer zur bedeutendsten Persönlichkeit der deutschen Geschichte. Noch lebendig zeigt sich sein Vermächtnis, stets von der Komplexität des Menschen auszugehen statt von ideologischer Reaktionsphysik, die den Himmel verheißt und die Hölle gebiert.

Adenauer war als christlicher Patriot zugleich Sozialaristokrat. Nie hätte er Menschen, Jobs, Stabilität und öffentliche Ordnung zum Spieleinsatz für global players freigegeben. Der Mißachtung von Manieren, dem Verlust des

Selbstverständlichen im Umgang der Menschen miteinander hätte sich Adenauer nicht verdingt. Weiter drischt man bei uns das Stroh unbezahlbarer humanitärer Allerpolitik, während das Volk immer verzagter auf Stundungen der Apokalypse setzt. Adenauer und seine Politik waren unvollkommen. Sie reicht aber vollkommen aus als Maßstab und Sonde.

Nach Adenauers Tod schrieb der berühmte Schweizer Kulturhistoriker Carl J. Burckhardt am 23. April 1967: „Mit ihm ist die stärkste Gestalt der internationalen Politik unseres Zeitalters verschwunden. Die Grundgefahr demokratischer Staatsform, entweder in Anarchie zu versinken oder zur Diktatur zu führen, hat er dadurch überwunden, daß er die Staatsautorität an ihren richtigen Platz stellte und sie durch seine mächtige Persönlichkeit, von Erfolg zu Erfolg, rechtfertigte. In einem Chaos unfruchtbarer theoretischer Erörterungen hat er, dem nachgerade seltensten, dem gesunden Menschenverstand zum Sieg verholfen. Daß sein Denken, sein Instinkt, sein Handeln sich zu vollster Einheit zusammenfanden, hat das schon seit so langer Zeit verschwundene Vertrauen der Welt Deutschland gegenüber wieder hergestellt und zwar in erstaunlich kurzer Zeit. Von dieser Grundlage aus hat er alle treffsicher aufs Wesentliche konzentrierten Maßnahmen getroffen. Unverständnis, hemmender Kritik ist er, bis zuletzt, mit jugendlicher Frische und taktischem Können entgegengetreten. Es ging ums Erreichen seiner objektiven Ziele. Seine Größe bestand darin, daß er in genialer Weise mit Tatsachen rechnete und nicht mit Rezepten, und daß er die menschlichen Schwächen voll und ganz gekannt hat.“

Lit.: ADENAUER, Konrad: *Erinnerungen*. 4 Bde. Stuttgart 1965–1968; ADENAUER, Konrad: *Briefe 1945–1961*. Bearb. von Hans Peter MENSING (Rhöndorfer Ausgabe). 8 Bde. Berlin 1983–1998, Paderborn 2000, 2004; ADENAUER, Konrad: *Teegespräche. 1950–1963*; Bde.

1–3 bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS, Bd. 4 von Hans Peter MENSING (Rhöndorfer Ausgabe). Berlin 1984–1992; BARING, Arnulf: Was bleibt von Adenauer? Die Bedeutung Adenauers. In: WEILEMANN, Peter u. a. (Hg.): Macht und Zeitkritik. Festschrift für H.-P. Schwarz. Paderborn 1999, S. 169–185; BLUMENWITZ, Dieter u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. 2 Bde. Stuttgart 1976; CDU-Bundesvorstandsprotokolle. Bearb. von Günter BUCHSTAB. 4 Bde. Stuttgart 1986, Düsseldorf 1990–1998; KÖHLER, Henning: Adenauer – Eine politische Biographie. Berlin 1994; MENSING, Hans-Peter (Bearb.): Konrad Adenauer – Theodor Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Berlin 1997; MENSING, Hans Peter, in: KEMPF, Udo/MERZ, Hans-Georg (Hg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Wiesbaden 2001, S. 82–96; MORSEY, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. 4. Aufl. (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 19), München 2000; POPPINGA, Anneliese: Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer. Stuttgart 1983; DIES.: „Das Wichtigste ist der Mut“. Konrad Adenauer – die letzten fünf Kanzlerjahre. Bergisch Gladbach 1994; SCHWARZ, Hans-Peter (Hg.): Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1952 (Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1 u. 2), München 1990; SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952. Bd. 2: Der Staatsmann 1952–1967. Stuttgart 1986/1991; DERS.: Der Stabilisierer Europas: Konrad Adenauer. In: DERS.: Das Gesicht des Jahrhunderts. Berlin 1998, S. 510–530; DERS.: Anmerkungen zu Adenauer. München 2004.